

**OECD Centres****Deutschland**

Berlin (49-30) 288 8353

**Japan**

Tokyo (81-3) 3586 2016

**Mexiko**

Mexiko Stadt (52-55) 5281 3810

**Vereinigte Staaten**

Washington (1-202) 785 6323

AUSTRALIEN · BELGIEN · DÄNEMARK · DEUTSCHLAND · FINNLAND · FRANKREICH · GRIECHENLAND · IRLAND · ISLAND · ITALIEN  
JAPAN · KANADA · KOREA · LUXEMBURG · MEXIKO · NEUSEELAND · NIEDERLANDE · NORWEGEN · ÖSTERREICH · POLEN  
PORTUGAL · SLOWAKISCHE REPUBLIK · SCHWEDEN · SCHWEIZ · SPANIEN · TSCHECHISCHE REPUBLIK · TÜRKEI · UNGARN · VEREINIGTES KÖNIGREICH · VEREINIGTE STAATEN

PAC/COM/NEWS(2002)58

Paris, den 16 Mai 2002

**Tagung des Rats der OECD auf Ministeriebene  
15.-16. Mai 2002****Kommuniqué 2002**

1. Der Rat der OECD tagte am 15. und 16. Mai 2002 auf Ministeriebene unter dem Vorsitz von Premierminister Guy Verhofstadt, Belgien. Ihm standen Rodrigo de Rato y Figaredo, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, Spanien, und Jim Sutton, Minister für Handelsverhandlungen, Neuseeland, als stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Das zentrale Thema der Tagung lautete: Partnerschaft im Dienst von Wachstum und Entwicklung. Die Minister zeigten sich befriedigt über die Teilnahme ihrer Amtskollegen aus wichtigen Nicht-OECD-Volkswirtschaften an zwei Sitzungen, einschließlich eines Arbeitssessens mit Ministern der im Lenkungsausschuss der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung vertretenen Länder. Die Minister der OECD-Länder begrüßten ferner, dass sie die Möglichkeit zu Konsultationen mit dem Beratenden Ausschuss der Wirtschaft bei der OECD (BIAC) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) hatten. Die Staatsministerin im Außenministerium Annemie Neyts-Uyttebroeck, Belgien, erstattete Bericht über das in Verbindung mit der Ministertagung veranstaltete OECD-Forum 2002. Das Forum bot führenden Vertretern von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft Gelegenheit, wichtige Politikfragen mit Ministern und Spitzenvertretern internationaler Organisationen zu erörtern und einen Beitrag zu den Ergebnissen der Ministertagung zu leisten.

2. In den zwölf Monaten seit unserem letzten Treffen haben die Regierungen unserer Länder schwierige wirtschaftliche Herausforderungen erfolgreich gemeistert und im Hinblick auf eine zukunftsorientierte Agenda für Handel und Entwicklung gute Fortschritte erzielt. Nach einer Konjunkturverlangsamung, die sich letztlich als verhältnismäßig kurz und verhalten erwies, hat nun eine Erholung eingesetzt. Die Weltwirtschaft hat mit der Absorption und weitgehenden Überwindung der mit den Terroranschlägen vom vergangenen September verbundenen Schockwirkungen ihre Widerstandsfähigkeit unter Beweis gestellt. Es bedarf weiterer Strukturreformen wie auch einer angemessenen Geld- und Finanzpolitik, um das Wachstum in unseren Volkswirtschaften zu verstärken. Im Bereich der Corporate Governance sind Probleme ans Licht gekommen, die die Regierungen wie die private Wirtschaft aber in ihrer Entschlossenheit bestärkt haben, sich mit diesen wichtigen Fragen auseinanderzusetzen, was einen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Vertrauens in die Weltwirtschaft geleistet hat. Die Entwicklungsagenda von Doha, der Monterrey-Konsens wie auch der bevorstehende Gipfel von Johannesburg schaffen eine neue Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zur Bewältigung einer der größten Herausforderungen des neuen Jahrhunderts, nämlich der Frage, wie sich die Lebensqualität in den ärmeren Regionen der Welt wesentlich verbessern lässt und wie eine nachhaltige Entwicklung in allen Ländern gewährleistet werden kann. In all diesen Bereichen fällt der OECD die wesentliche Rolle zu, ihre Mitgliedsländer wie auch andere Volkswirtschaften bei der Konzipierung und Umsetzung der zur Erreichung dieser Ziele notwendigen Politiken zu unterstützen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass unter den Nichtmitgliedsländern ein wachsendes Interesse an einer Teilnahme an den Arbeiten der OECD besteht.

JT00126205

**OECD-Medienkontakte**

Allgemeine Anfragen: Tel. (33) 1 45 24 97 00 - Fax (33) 1 45 24 80 03/94 37 - Recherche & Dokumentation: Tel. (33) 1 45 24 80 88/80 89  
[www.oecd.org/media](http://www.oecd.org/media) - E-mail: [news.contact@oecd.org](mailto:news.contact@oecd.org)

OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 2 rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich  
Tel. (33) 45 24 82 00 - Fax (33) 1 45 24 85 00 - [www.oecd.org](http://www.oecd.org)

### **Wirtschaftliche Aussichten und Konjunkturerholung**

3. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass die wirtschaftliche Erholung eingesetzt hat. In den Vereinigten Staaten und in einigen anderen Ländern hat sich das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr zu jeweils unterschiedlichen Zeitpunkten belebt, und in Europa sowie im größten Teil des OECD-Raums dürfte es im Verlauf dieses Jahres an Dynamik gewinnen, wobei für Japan mit einer bescheidenen Konjunkturbelebung gegen Jahresende gerechnet wird. Die in den meisten Ländern vorgenommene entschlossene Lockerung der Geldpolitik und die in einigen Ländern verfolgte expansive Fiskalpolitik haben einen wichtigen Beitrag zur Rückkehr des Wachstums geleistet. Diese wirtschaftspolitische Weichenstellung wurde ihrerseits erleichtert durch die zuvor erzielten Fortschritte auf dem Weg zu niedrigen, stabilen Inflationsraten, mittel- und langfristig tragfähigen Staatsfinanzen wie auch Strukturreformen zur Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung. Trotz dieser vielversprechenden Aussichten bestehen Risiken und Unsicherheitsfaktoren fort. Wir sind weiterhin gefordert, geeignete makroökonomische Maßnahmen und Strukturreformen umzusetzen, die die Konjunkturerholung stützen und für ein verstärktes Produktivitätswachstum in unseren Volkswirtschaften sorgen.

4. Daraus ergibt sich:

- Die Geldpolitik sollte weiterhin einem inflationsfreien Wachstum Vorschub leisten. In den Ländern, in denen die Konjunkturerholung Tritt gefasst hat und wo die hart erarbeiteten Fortschritte bei der Inflationsbekämpfung gefährdet zu werden drohen, sollte zu gegebener Zeit eine Rücknahme der expansiven Impulse in Erwägung gezogen werden. Wo die Preisdeflation fortbesteht, muss die Geldpolitik weiterhin eine reichliche Liquiditätsversorgung sicherstellen.
- Wir werden die wirtschaftliche Erholung für eine Stärkung der Finanzpositionen nutzen.
- Wir werden weiterhin Strukturreformen umsetzen und so ein Umfeld schaffen, das größere Chancen auf wirtschaftliche Effizienz sowie auf Anhebung von Beschäftigungsniveau und Lebensstandard bietet. Dabei stehen für uns folgende Aspekte im Vordergrund:
  - Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbs an den Produkt- und Dienstleistungsmärkten, Reduzierung handelsverzerrender und umweltschädlicher Subventionen, Umsetzung der Regulierungsreform auf breiterer Basis sowie Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor;
  - Erschließung der Humanressourcen, mit besonderem Schwerpunkt auf Bildung und Ausbildung, sowie Maßnahmen zur Herstellung eines dynamischeren Umfelds zur Förderung von Arbeitsplatzschaffung und Chancengleichheit;
  - verstärkte Bemühungen um Bewältigung der fiskalischen Herausforderungen alternder Gesellschaften durch weitere Reformen der Steuer-, Renten- und Transfersysteme. Gleichzeitig sollten Maßnahmen umgesetzt werden, die ältere Arbeitnehmer zum längeren Verbleib im Erwerbsleben bewegen, namentlich durch Abbau der Schranken, die deren Einstellung und Weiterbeschäftigung behindern. Lebensbegleitendes Lernen spielt in dieser Hinsicht eine ganz wesentliche Rolle;
  - wirtschaftspolitische Reformen, die dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, und insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), wie z.B. der Breitbandtechnologie, voll ausgeschöpft werden, und die somit Innovation, unternehmerische Initiative, Investitionen und neue Formen wirtschaftlicher Aktivitäten, namentlich über den elektronischen Geschäftsverkehr, fördern. Wir vertrauen darauf, dass diese Technologien zu einem bürgernäheren Staat beitragen, der stärker auf die Bedürfnisse der Bürger eingeht.

5. Wir zählen darauf, dass die OECD namentlich mit Hilfe vergleichender Analysen die Lehren aus den Erfahrungen der einzelnen Länder mit Wirtschaftsreformen zieht, um uns so in all diesen Bereichen zu

unterstützen und die Fortschritte zu verfolgen. Insbesondere ersuchen wir die OECD, ihr Monitoring in Bezug auf die Umsetzung der Empfehlungen der OECD-Wachstumsstudie (*OECD Growth Study*) in den Mitgliedsländern zu verstärken und die Beschäftigungsstrategie (*Jobs Strategy*) zu bewerten. Die OECD sollte auch ihre Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Migrationsfolgen in den Ziel- wie in den Herkunftsländern fortsetzen. Wir ersuchen den Generalsekretär, einen Vorschlag für die Einberufung einer Tagung der Arbeitsminister im Jahr 2003 zur Erörterung einiger dieser wichtigen Fragen zu unterbreiten.

6. In unserem Kampf gegen den Terrorismus werden wir die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen so umsetzen, dass der offene wettbewerbsorientierte Charakter unserer Märkte nicht gefährdet wird und die Menschenrechte sowie die demokratischen Werte gewahrt bleiben. Die OECD wird die wirtschaftlichen Konsequenzen des Terrorismus wie auch die zu seiner Bekämpfung getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen weiter beobachten, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen auf Marktöffnung und Kostensteigerungen im Handelsbereich.

7. Wir sind uns der negativen Effekte bewusst, die durch die beschränkte Verfügbarkeit erschwinglichen Versicherungsschutzes gegen Terrorrisiken entstehen. Wir würden es begrüßen, wenn die OECD Politikanalysen und Empfehlungen zu Definition und Deckung von Terrorrisiken sowie zur Evaluierung der jeweiligen Rolle erarbeiten würde, die der Versicherungswirtschaft, den Finanzmärkten und dem Staat auch bei der Deckung von „Megaterrorismus“-Risiken zukommt.

8. Wir sehen der Überarbeitung der OECD-Leitlinien von 1992 für die Sicherheit von Informationssystemen, die vor dem 11. September 2002 abgeschlossen sein soll, erwartungsvoll entgegen. Wir legen der OECD nahe, die Umsetzung der überarbeiteten Leitlinien im öffentlichen und privaten Sektor wie auch in der Zivilgesellschaft zu fördern. Ferner halten wir die OECD dazu an, ihre Arbeiten zur Stärkung des Verbrauchervertrauens in den elektronischen Geschäftsverkehr fortzusetzen.

### ***Sicherstellung von Integrität und Transparenz in der internationalen Wirtschaft***

9. Die Integrität von Unternehmen, Finanzinstitutionen und Märkten ist für die Solidität unserer Volkswirtschaften und deren Stabilität von zentraler Bedeutung. Die Regierungen und Aufsichtsorgane müssen aufmerksam darüber wachen, dass die Finanzstandards, Regulierungen und Marktüberwachungsmechanismen einen wirksamen Beitrag zur Wahrung des Anlegervertrauens und zum Schutz der Interessen aller beteiligten Akteure leisten.

10. Der Spielraum für Finanzdelikte und finanziellen Missbrauch, die die strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen souveräner Staaten gefährden können, hat sich mit der Expansion und Integration der Finanzmärkte und dem Einsatz neuer Technologien vergrößert. Geldwäsche, Bestechung, ungesetzliche Steuerpraktiken, Nutzung von Unternehmensstrukturen für illegale Zwecke sowie Wertpapierbetrug sind häufig miteinander verknüpft und gefährden die Integrität der globalen Wirtschaft. Die von der Finanzierung des Terrorismus ausgehende Bedrohung erhöht die Dringlichkeit kohärenter und komplementärer Aktionen auf nationaler wie internationaler Ebene.

11. Wir sind uns einig bzw. vereinbaren:

- dass die Umsetzung der besten Verfahrensweisen im Bereich der Governance im Unternehmens- und Finanzsektor eine geeignete Anreizstruktur mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen staatlicher Reglementierung und Selbstregulierung impliziert. Wir sind bestrebt, diese Governance-Strukturen zu verbessern, um Transparenz und Rechenschaftspflicht zu erhöhen und auf diese Weise das Anlegervertrauen wie auch die Stabilität und Widerstandsfähigkeit der Finanzmärkte zu stärken. Die effektive Anwendung der Corporate-Governance-Regeln ist von wesentlicher Bedeutung;
- dass die OECD eine Untersuchung über die Entwicklung der Governance-Strukturen im Unternehmens- und Finanzsektor der Mitgliedsländer mit dem Ziel durchführen wird,

entsprechende Lehren zu ziehen und die daraus resultierenden Konsequenzen im Hinblick auf die Bewertung der OECD-Grundsätze der Corporate Governance zu ermitteln. In diesem Zusammenhang sind wir übereinstimmend der Auffassung, dass diese Bewertung von 2005 auf 2004 vorverlegt werden sollte;

- dass die OECD ihr erfolgreiches Kooperationsprogramm mit der Weltbank zur Förderung der weltweiten Reformbemühungen im Bereich der Corporate Governance fortsetzen und dabei die OECD-Grundsätze der Corporate Governance zugrunde legen wird;
- die OECD und die Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche“ (FATF) dazu anzuhalten, gemäß dem Kommuniqué der Ministertagung von 1999 ihre Kooperation in Fragen von gemeinsamem Interesse, auch im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Bekämpfung von Steuerdelikten, zu verstärken. Wir würdigen die Arbeiten der FATF zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Wir fordern alle Länder dringend auf, die FATF-Sonderempfehlungen zur Terrorismusfinanzierung rasch umzusetzen;
- die Parteien des auf OECD-Ebene beschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung der Bestechung nachdrücklich aufzufordern, das Übereinkommen rigoros umzusetzen, und an diejenigen Länder, die die für die Umsetzung notwendigen Durchführungsbestimmungen noch nicht verabschiedet haben, zu appellieren, dies so bald wie möglich zu tun; Länder, in deren Durchführungsgesetzen Schwachstellen nachgewiesen wurden, sollten diese unverzüglich beheben. Wir fordern alle Parteien nachdrücklich auf, diese Gesetze gewissenhaft anzuwenden. Wir bekräftigen erneut das Prinzip der Offenheit des Übereinkommens für Nichtsignatarstaaten gemäß den Bedingungen des Übereinkommens und seinen Erläuterungen, das Gebot des rigorosen Monitoring und das Mandat zur Fortsetzung der Arbeiten zwecks Verstärkung des Übereinkommens. Wir fordern alle Parteien auf sicherzustellen, dass angemessene Mittel sowohl zur Beschleunigung des Monitoring-Prozesses durch gleichrangige Partner als auch für die Umsetzung der nationalen Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Die Parteien des Übereinkommens sollten bewerten, ob das Übereinkommen und die damit verbundenen Anti-Bestechungsinstrumente potentielle Schlupflöcher enthalten, und mögliche Lösungsansätze ermitteln; wir sehen einem Bericht an die Minister im Jahr 2003 mit Interesse entgegen;
- die Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die Empfehlungen für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Verhalten umfassen, weiter zu fördern, vor allem auch in Bereichen wie Transparenz und Korruptionsbekämpfung.

12. Die Minister, die den Bericht von 1998 und die nachfolgenden Berichte über schädliche Steuerpraktiken angenommen haben, begrüßen die Tatsache, dass sich nunmehr 31 Hoheitsgebiete zu Transparenz und effektivem Informationsaustausch für Besteuerungszwecke verpflichtet haben, und halten die Hoheitsgebiete, die auf der Liste der nicht kooperationswilligen Steueroasen stehen, dazu an, ebenfalls entsprechende Verpflichtungen einzugehen. Die Minister appellieren an alle einschlägigen internationalen Institutionen, sich gemeinsam darum zu bemühen, den Hoheitsgebieten bei der Umsetzung der von ihnen in diesen Bereichen eingegangenen Verpflichtungen zur Seite zu stehen. Allgemeiner gesehen erwarten wir weitere Fortschritte bei der rechtzeitigen Umsetzung der im OECD-Konsensbericht „Verbesserung des Zugangs zu Bankinformationen für Besteuerungszwecke“ von 2000 vorgesehenen Maßnahmen, wodurch der effektive Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden verbessert wird.

### ***Die Entwicklungsagenda von Doha***

13. Wir begrüßen, dass die Entwicklungsagenda von Doha auf den Weg gebracht wurde, und bekräftigen unsere Verpflichtung, auf protektionistische Maßnahmen zu verzichten. Alle OECD- Mitgliedsländer haben die Verantwortung, das effektive Funktionieren des multilateralen Handelssystems sicherzustellen; die Umsetzung der Doha-Agenda sollte nicht behindert werden. Wir sind entschlossen, auf der Doha-Dynamik aufzubauen und in Bezug auf alle in Doha vereinbarten Elemente signifikante Fortschritte zu erzielen, um die notwendigen

Voraussetzungen für den Erfolg der fünften WTO-Ministertagung zu schaffen, die vom 10.-14. September 2003 in Cancun, Mexiko, stattfinden soll. Wir beabsichtigen, die Verhandlungen gemäß dem vereinbarten Zeitplan durchzuführen und bis zum 1. Januar 2005 zum Abschluss zu bringen. Wir werden gemeinsam auf die schrittweise Liberalisierung des Marktzugangs, die Stärkung der WTO-Regeln und -Disziplinen sowie die Erleichterung des Verhandlungsprozesses über Investitionen, Wettbewerb, Handelserleichterung und Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen hinarbeiten. Ferner werden wir auch im Hinblick darauf zusammenarbeiten, dem WTO-bezogenen Bedarf im Bereich technische Hilfe und Kapazitätsaufbau gerecht zu werden und Umsetzungsprobleme zu bewältigen.

14. Flankiert von verstärkten multilateralen Regeln und in Verbindung mit sorgfältig konzipierten Politikmaßnahmen trägt die Liberalisierung von Handel und Investitionen unmittelbar zur Verbesserung des Wohlergehens, zu nachhaltiger Entwicklung sowie zur Armutsbekämpfung in Industriestaaten wie Entwicklungsländern bei. Diese Liberalisierung kann so umgesetzt werden, dass die mit der Anpassung verbundenen sozialen Kosten auf ein Mindestmaß reduziert werden, der Umweltschutz gefördert wird und das hoheitliche Recht der Staaten auf Regulierung im öffentlichen Interesse gewahrt bleibt. Wir werden unsere Konsultationen mit Nichtmitgliedstaaten, Vertretern von Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Zivilgesellschaft fortsetzen. Wir begrüßen die Gründung der IAO-Weltkommission über die soziale Dimension der Globalisierung und werden uns um einen konstruktiven Beitrag zu den Aktivitäten der Kommission bemühen. Gemäß der Erklärung von Monterrey werden wir auf das Ziel eines zoll- und quotenfreien Zugangs für alle Exporte der am wenigsten entwickelten Länder hinarbeiten.

15. Wir fordern alle WTO-Mitglieder auf, im Rahmen des Verhandlungsprozesses den Anliegen der Entwicklungsländer, einschließlich Fragen des Marktzugangs, Rechnung zu tragen, wobei wir uns der Tatsache bewusst sind, dass einige Bereiche wie namentlich Landwirtschaft, Textil- und Bekleidungsindustrie für diese Länder von besonderem Interesse sind. Wir werden einen aktiven Beitrag zur Erfüllung des in der Doha-Erklärung vorgesehenen Arbeitsprogramms zum TRIPS-Abkommen und zum Schutz der öffentlichen Gesundheit leisten. Den Entwicklungsländern würden aus einem Abbau der erheblichen von ihnen aufrechterhaltenen Schranken sowie aus einer Stärkung der multilateralen Regeln und Disziplinen zusätzliche Vorteile erwachsen. Wir appellieren an die OECD, die WTO dabei zu unterstützen, möglichst bald ihre Länderdatenbank aufzubauen, und wir verpflichten uns zur Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und einkommensschwachen Transformationsländern bei der Deckung des WTO-bezogenen Bedarfs an technischer Hilfe und Kapazitätsaufbau, um so Fortschritte bei der Umsetzung der Doha-Agenda zu erzielen. Die besten Ergebnisse werden erreicht werden, wenn diese Aktionen von soliden Politiken und guter Regierungsführung in den Entwicklungsländern flankiert werden.

16. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, uns an die multilateralen Regeln zu halten. Wir werden uns gemeinsam um den Abbau der Spannungen im Stahlsektor bemühen, die im multilateralen Handelssystem Anlass zu Besorgnis gegeben haben. Wir stimmen darin überein, dass die Strukturanpassungsmaßnahmen in diesem Sektor energisch fortgesetzt werden müssen. In diesem Zusammenhang nehmen wir den Bericht des Generalsekretärs über die Arbeiten im Rahmen der unter der Schirmherrschaft der OECD auf zwischenstaatlicher Ebene veranstalteten hochrangigen Stahltagungen zur Kenntnis. Im Mittelpunkt dieses Dialogs, der auf die Lösung unmittelbarer wie auch längerfristiger Probleme abzielt, steht die Frage des Abbaus unwirtschaftlicher Überschusskapazitäten weltweit sowie die Verstärkung der Disziplinen zur Abwehr marktverzerrender Maßnahmen und branchenspezifischer Praktiken. Wir erwarten, dass bis Ende 2002 weitere Fortschritte erzielt werden.

17. Wir unterstützen die jüngsten Bemühungen der OECD im Hinblick auf breite internationale Verhandlungen über ein neues Schiffbauabkommen mit dem Ziel, in der Weltschiffbauindustrie normale Wettbewerbsbedingungen herzustellen.

18. Wir erwarten, dass die OECD ihre unentbehrlichen Analysen und Aktivitäten in allen oben genannten Bereichen, auch im Rahmen ihrer laufenden Arbeiten zur Frage der Stützungs-niveaus und ihrer Auswirkungen auf Produktion und Handel, fortsetzt und vertieft. Indem die Organisation ihre Arbeiten sowohl der Zivilgesellschaft als auch den Nichtmitgliedsländern nahe bringt, kann sie dazu beitragen, verstärkte Unterstützung für die Handelsliberalisierung und die Stärkung der WTO-Regeln zu mobilisieren, Gegensätze zu überbrücken und die multilateralen Handelsverhandlungen zu erleichtern.

### **Von Monterrey nach Johannesburg und darüber hinaus: Die Rolle der OECD**

19. Wir sind uns bewusst, dass Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung eine dringende Priorität für die internationale Gemeinschaft darstellen. Wir werden auf dem Konsens aufbauen, der auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey zu Gunsten eines umfassenden, auf Partnerschaft basierenden, ergebnisorientierten Ansatzes zur Erreichung der international vereinbarten Ziele der Millenniumserklärung erreicht wurde. Wir begrüßen regionale Initiativen, wie die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), die mit ihren Grundprinzipien ein positives Beispiel für diesen Ansatz bietet, und wir wissen es zu schätzen, dass uns heute Gelegenheit zu einem Treffen mit Ministern des NEPAD-Lenkungsausschusses gegeben wurde. Wir sehen der Fortsetzung des Dialogs zwischen NEPAD und OECD erwartungsvoll entgegen und erhoffen uns davon eine Antwort auf die Frage, wie wir am besten zusammenarbeiten können, um die NEPAD-Initiative voranzubringen. Wir würdigen und unterstützen den unentbehrlichen Beitrag, den der private Sektor zur Entwicklung leistet, und werden dem Bedarf an technischer Hilfe und Kapazitätsaufbau zur Verbesserung des Investitionsklimas in Entwicklungs- und Transformationsländern Rechnung tragen. Der belgische Premierminister stellte den „PAIR“-Vorschlag zur Einrichtung eines globalen Fonds für die Entschuldung der am wenigsten entwickelten Länder vor. Es wird derzeit über andere Vorschläge zur Beantwortung der Frage diskutiert, wie wir im Rahmen der HIPC-Initiative angesichts des Rückgangs der Rohstoffpreise eine nachhaltige Schuldenerleichterung erreichen können.

20. Der Organisation kommt eine wichtige Rolle dabei zu, den Monterrey-Konsens weiter voranzubringen, wie in dem als Anhang beigefügten „Aktionsprogramm der OECD für eine gemeinsame Entwicklungsagenda“ ausgeführt wird. Diese Rolle besteht darin, die Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung zu fördern, die Governance- und Politikgestaltungskapazitäten der Entwicklungsländer zu stärken, den Nutzeffekt der EZ-Leistungen zu verbessern, ein angemessenes EZ-Volumen zu gewährleisten, die Partnerschaften zu konsolidieren und die Rechenschaftspflicht zu verstärken.

21. Wir sind uns der großen Chance bewusst, die der bevorstehende Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) bietet, und fordern alle Länder auf, aktiv auf dessen Erfolg hinzuarbeiten. Der OECD-Bericht für den WSSD verweist insbesondere auf die Verantwortung und Fähigkeit der OECD-Länder, durch Stärkung des Wirtschaftswachstums, Förderung der menschlichen und sozialen Entwicklung sowie Schutz der Umwelt einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung zu leisten. Wir werden diese Ziele weiterhin in unsere nationalen und internationalen Politiken integrieren, vor allem durch Intensivierung der Umsetzung der Agenda 21 gemäß den Vereinbarungen von Rio im Jahr 1992. Im Vorfeld des Gipfels von Johannesburg bestätigen wir nachdrücklich unser Bekenntnis zu den in unserem Kommuniqué von 2001 enthaltenen Politikempfehlungen und die von uns angenommene OECD-Umweltstrategie für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts<sup>1</sup>. Wir werden außerdem die Kooperations- und Partnerschaftsbeziehungen zu Nicht-OECD-Ländern ausbauen, um in allen Ländern effektive Maßnahmen zu unterstützen, die einem nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungsprozess förderlich sind. Wir sind uns der Bedeutung bewusst, die dem aktiven Engagement der privaten Wirtschaft, vor allem durch Investitionen, und der Zivilgesellschaft zukommt.

22. Wir fordern die OECD auf, weiter an der Erfüllung des ihr auf der Ministertagung von 2001 erteilten Mandats zu arbeiten, insbesondere was das Monitoring der Fortschritte in Bezug auf alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung betrifft: Stärkung des Wirtschaftswachstums, Förderung der Human- und Sozialentwicklung sowie Schutz der Umwelt. Wir ermutigen die OECD und gegebenenfalls auch die Teilnehmer an den Roundtable-Gesprächen über nachhaltige Entwicklung, weiterhin über mögliche Ansätze nachzudenken und auf einen Konsens über Maßnahmen hinzuarbeiten, die uns bei der Erreichung unserer Ziele einer nachhaltigen Entwicklung helfen können.

23. Wir unterstützen mit allem Nachdruck die derzeitige Initiative für eine organisatorische Reform. Die OECD verfügt über breit gefächerte Fachkompetenzen. Sie spielt eine Schlüsselrolle in Bezug auf interdisziplinäre Politikanalysen und einen Dialog auf der Basis solider wirtschaftlicher Grundlagen wie auch in bestimmten wichtigen Bereichen, durch Normensetzung und Förderung bester Verfahrensweisen in den

<sup>1</sup>. PAC/COM/NEWS(2001)48 und PAC/COM/NEWS(2001)46

Regierungen der Mitgliedsländer sowie zunehmend durch Partnerschaften mit Nichtmitgliedsländern. Wir würdigen diesen Beitrag. Wir begrüßen die Bemühungen der OECD, ihre Kapazitäten zur Anpassung der Prioritäten weiter auszubauen, damit sie sich stärker auf ihre Kernarbeitsbereiche konzentrieren und sich zugleich durch Erhöhung ihrer Flexibilität auf neue Herausforderungen einstellen kann. Wir erwarten vom Generalsekretär und vom Rat der OECD, dass sie die Reforminitiative voranbringen, und ersuchen den Generalsekretär, auf der Ministerratstagung im Jahr 2003 über die weiteren Fortschritte Bericht zu erstatten.

## BEITRAG DER OECD ZU EINER GEMEINSAMEN ENTWICKLUNGSAGENDA

### **Rolle und besondere Stärken der OECD**

1. Einen Beitrag zur weltweiten Entwicklung zu leisten, ist ein Schlüsselziel der OECD. Ihrem Gründungsübereinkommen zufolge soll die OECD eine Politik fördern, die darauf gerichtet ist,

*„in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen.“ (Artikel 1b).*

Angesichts der verstärkten weltweiten Interdependenz ist dieses Ziel heute sogar noch unerlässlicher geworden, um die Armut in der Welt zu reduzieren und eine nachhaltige Entwicklung zu verwirklichen. Die von der OECD geförderten Grundsätze und Werte – Demokratie, Marktwirtschaft und offene, auf festen Regeln beruhende, nicht diskriminierende Handels- und Finanzsysteme auf der Basis solider Governance-Strukturen – sind von entscheidender Bedeutung für die Erreichung unseres obersten Ziels, nämlich Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Wohlergehens für alle, bei Achtung von Diversität und kultureller Identität.

2. Die besonderen Stärken der OECD sind namentlich ihre multidisziplinären Kapazitäten in den Bereichen Analyse und Politikdialog, Erfahrungsaustausch über beste Verfahrensweisen und gegenseitige Prüfung der Mitgliedsländer im Rahmen des *Peer-Review*-Verfahrens sowie ein weit ausgreifender Politikdialog und Aktivitäten des Kapazitätsaufbaus mit mehr als 70 Nicht-OECD-Volkswirtschaften, internationalen Organisationen und anderen Akteuren. Mit dem Entwicklungsausschuss (DAC) verfügt die OECD über ein Forum, das es ihr ermöglicht, bei den Gebern auf konzertierte, gut koordinierte, effektive und hinreichend finanzierte internationale Leistungen zur Unterstützung von Entwicklung und Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern hinzuwirken.

3. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Erreichung der international vereinbarten Ziele der Millenniumserklärung sind nunmehr vorhanden und stützen sich auf einen weitreichenden Konsens, wonach eine effektive Entwicklung einen umfassenden, auf Partnerschaft basierenden, ergebnisorientierten Ansatz erfordert. Den Entwicklungsländern obliegt die oberste Verantwortung für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung, indem sie eine gute Staats- und Verwaltungsführung etablieren und geeignete Maßnahmen zur Mobilisierung inländischer Ressourcen und privater Auslandsinvestitionen ergreifen, während es an den Industrieländern ist, ihr Augenmerk verstärkt auf die Konsequenzen ihrer Politiken für die Entwicklungsländer zu richten und letztere, vor allem die am wenigsten entwickelten unter ihnen (LDC), bei ihren Bemühungen zu unterstützen, die notwendigen Kapazitäten aufzubauen, um Handel, Investitionen und EZ-Leistungen möglichst effizient für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung nutzen zu können.

### **Beitrag der OECD**

4. Mit ihren besonderen Stärken wird sich die OECD ihrerseits für die Verwirklichung der gemeinsamen Entwicklungsagenda in folgender Weise einsetzen:

#### *Förderung der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung*

5. Für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung bedarf es einer Gesamtheit sich gegenseitig verstärkender Maßnahmen, die ein breites Spektrum wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Probleme abdecken. Durch ihre Arbeiten über Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung wird die OECD zu einem besseren Verständnis der entwicklungsbezogenen Dimension von Politikmaßnahmen der Mitgliedsländer und deren Auswirkungen auf die Entwicklungsländer beitragen. Bei den Analysen sollten Trade-Offs und potentielle Synergien zwischen Bereichen wie Handel, Investitionen, Landwirtschaft, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden, um so die Politikkohärenz im Dienst der international vereinbarten Entwicklungsziele zu fördern.

6. Indem sie den Entwicklungsnutzen auf festen Regeln basierender Handels- und Investitionssysteme klarer herausstellen, werden diese Arbeiten zur Verstärkung unserer Anstrengungen beitragen, die, insbesondere durch Förderung einer weitergehenden Integration der Entwicklungsländer in das multilaterale Handelssystem, darauf abzielen, eine größere Marktöffnung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wie auch zwischen den Entwicklungsländern untereinander zu erreichen, um so den Weg für ein exportgetragenes Wachstum zu bereiten, und uns dem Ziel näher bringen, den Marktzugang für Produkte der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten unter ihnen, zu verbessern.

*Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen gute Staatsführung und Politikgestaltung*

7. Die OECD wird weiterhin mit Entwicklungs- und Transformationsländern zusammenarbeiten, um ihnen zu helfen, ihren grundlegenden Bedarf im Zusammenhang mit dem Aufbau von Human- und Governance-Kapazitäten zu identifizieren und diesen u.a. durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zu decken. Die globalen Foren der OECD und der Dialog auf regionaler Ebene können die Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen unterstützen, gute Governance-Strukturen und marktgerechte Institutionen zu schaffen, die der Mobilisierung inländischer Ressourcen förderlich sind und Investitionskapital anziehen. Solche Ressourcen sind von entscheidender Bedeutung für die Bemühungen der Entwicklungsländer um nachhaltiges Wirtschaftswachstum sowie für die Stärkung der Kapazitäten, die notwendig sind, damit sie ihren grundlegenden Bedürfnissen, vor allem in den Bereichen Umwelt, Bildung und Gesundheit, gerecht werden können. Wir begrüßen Initiativen auf regionaler Ebene, wie z.B. die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), und stehen bereit, die Erfahrungen und das Fachwissen der OECD, vor allem im Bereich der *Peer-Review-Verfahren*, einzubringen, um so ein nachhaltiges Engagement für die Stärkung der Governance-Strukturen in Politik und Wirtschaft zu fördern.

*Verbesserung des Nutzeffekts der Entwicklungszusammenarbeit und Sicherstellung eines angemessenen Leistungsvolumens*

8. EZ-Leistungen stellen neben privatem Kapital aus dem In- und Ausland nach wie vor ein wichtiges Politikinstrument zur Armutsbekämpfung, Konfliktverhütung, Förderung guter Staatsführung und Schaffung eines Umfelds dar, das einem vom privaten Sektor getragenen Wirtschaftswachstum förderlich ist. Als Organisation, unter deren Dach sich die weltweit größten Geber versammeln, ist die OECD in besonderem Maße berufen, die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern und so ein entsprechendes Volumen der EZ-Leistungen argumentativ zu unterlegen. Die Länderprüfungen im Rahmen des DAC spielen in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle. Zusammen mit den multilateralen EZ-Stellen und den Entwicklungsländern bemüht sich die OECD darum, die Komplexität der EZ-Abwicklungsverfahren zu reduzieren und die effektive Umsetzung aller Aspekte der OECD/DAC-Empfehlung über die Aufhebung der Lieferbindung für die am wenigsten entwickelten Länder zu gewährleisten.

*Verstärkte Partnerschaften und Rechenschaftspflicht*

9. Die OECD wird ihre Partnerschaften mit Nichtmitgliedstaaten, insbesondere Entwicklungsländern, sowie mit internationalen Organisationen und anderen Akteuren durch analytische Arbeiten, Politikdialog und Beratung verstärken. Ein breiterer und effektiverer Dialog wird unsere Anstrengungen zur Unterstützung des Entwicklungsprozesses qualitativ verbessern. Die OECD wird im Rahmen regelmäßiger Prüfungen und Sachstandsberichte Rechenschaft über ihre Aktionen zur Förderung dieser gemeinsamen Entwicklungsagenda ablegen.